

## **Neuer Kontenplan und neue Software für das Rechnungswesen der Kirchgemeinden**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Mitglieder der Synode

Der geltende Kontenplan für die Kirchgemeinden datiert vom 18. September 1991. Gemäss Kirchenverfassung § 72, Ziff. 5 ist es am Kirchenrat, eine Verordnung über das Rechnungswesen zu erlassen. Die aktuelle datiert vom 2. Sept. 2009. Die Vorgaben der Verordnung und der Kontenplan sind verbindlich. Mit welchen Hilfsmitteln in den Kirchgemeinden aber gearbeitet wird, um Budget und Rechnung ordnungsgemäss zu erstellen, liegt in der Gemeindeautonomie. Die Mehrzahl der Kirchgemeinden hat in den letzten Jahren mit dem Softwareprogramm „ordin“ gearbeitet. Dessen Betreiber hat nun aber seine Kunden informiert, dass er den Servicevertrag für dieses Programm über den 1.1. 2017 nicht verlängert.

Das Erstellen einer Software und vor allem deren Anpassung an die spezifischen Bedürfnisse der Thurgauer Kirchgemeinden ist kostspielig. Da bei einem gemeinsamen Auftreten der Kirchgemeinden gegenüber den Anbietern bessere Preise erzielt werden können, hat der Kirchenrat, unter Federführung von Kirchenratsmitglied Ruth Pfister, mit einer Arbeitsgruppe ein Anforderungsprofil für die benötigte Software erarbeitet und Offerten sowohl für einen Anbieter im Softwarebereich als auch für einen, der die Serverleistungen erbringt, eingeholt. Schon in einem frühen Zeitpunkt haben die Organe der katholischen Landeskirche signalisiert, Interesse an einer Beteiligung am Projekt zu haben, und mitgearbeitet.

Da im Zusammenhang mit HRM2 („Harmonisiertes Rechnungsmodell“, das sinngemäss auf die Bedürfnisse der Kirchgemeinden übertragen werden soll) auch Neuerungen bei der Rechnungslegung anstehen, hat der Kirchenrat entschieden, gleichzeitig auf den Zeitpunkt der Softwareänderung hin eine neue Verordnung über das Rechnungswesen und einen neuen Kontenplan zu erlassen. Beides tritt voraussichtlich auf 1. Jan. 2018 in Kraft.

Der Arbeitsgruppe gehören an:

Wolfgang Ackerknecht  
Rolf Hölzli, Matzingen  
Stefan Kormann, Aadorf  
Beat Nyffenegger, Stein am Rhein  
Eugen Schmitter, Weinfelden  
Johannes Vogel, Hüttlingen

sowie von der kath. Landeskirche Andrea Maffeis und Urs Brosi  
und von der evang. Landeskirche Kathrin Argand, Ruth Pfister und Wilfried Bührer

Die Arbeitsgruppe arbeitete weitgehend in Teilgruppen, was die Beschäftigung mit dem Thema Kontenplan/ neue Verordnung einerseits und Beschaffung neuer Software/ Server andererseits betrifft.

Aus einem offenen Offertverfahren gingen für die Softwarelösung die Firma „Aventit“ und für die Serverlösung die Firma „Root“ als Sieger hervor. Diese haben ihr Produkt im April 2016 an vier möglichen Terminen den Interessierten aus den Kirchgemeinden vorgestellt. Die Beteiligung an den Anlässen war mit 117 Interessierten sehr gross. Bis 27. Juni 2016 haben die Kirchgemeinden Zeit, um sich für oder gegen dieses Angebot zu entscheiden, und ab Herbst 2017 werden sie, mit Blick auf das Budget 2018, mit der neuen Software arbeiten können.

Einzelne Gemeinden haben die Möglichkeit, im Sinn von Pilotgemeinden bereits ab Herbst 2016 (mit der Erarbeitung des Budgets 2017) mit dem provisorischen Kontenplan und der neuen Software zu arbeiten. Die Erfahrungen dieser Gemeinden werden ausgewertet und in die definitive Version eingearbeitet.

Die grosse Masse der beteiligten Gemeinden wird ein Jahr später, also im Herbst 2017, mit der Umstellung beginnen. Der Betreiber von ordin hat zugesichert, im Übergangsjahr 2017 für nötigen Support bei allfälligen Problemen noch zur Verfügung zu stehen.

Zurzeit gehen die Verantwortlichen davon aus, dass ungefähr 40 evangelische und 30 katholische Kirchgemeinden sich bei der vorgeschlagenen Softwarelösung beteiligen werden. Die Kosten werden auf dieser Basis berechnet. Für die Initialkosten (Beschaffung und Schulung) wird mit total rund Fr. 260'000.- gerechnet, für die jährlich wiederkehrenden Kosten mit rund Fr. 40'000.- Diese sollen proportional zur Zahl der mitmachenden Kirchgemeinden zwischen Evang. und Kath. Landeskirche aufgeteilt werden. Die Evang. Landeskirche wird sodann ihren Anteil weitgehend auf die beteiligten Kirchgemeinden überwälzen. Nicht überwälzt werden selbstverständlich die Kosten für die Erarbeitung des neuen Kontenplans und der neuen Verordnung.

Die Landeskirche wird ab 1.1. 2017 eine Spezialfinanzierung einrichten. Das jeweilige Jahresergebnis der Spezialfinanzierung soll, nach Abschluss der Initialisierungsphase, die Erfolgsrechnung der Landeskirche nicht mehr tangieren.

Die Erfahrungen bei der Einführung der neuen Software auf der Kirchenratskanzlei haben gezeigt, dass im Zeitraum der Umstellung der Aufwand für Support und Schulung nicht unterschätzt werden darf. Es ist sinnvoll, für den „First-Level-Support“ mit eigenen Kräften arbeiten zu können. Eine Person, die mit den spezifischen Anforderungen von Kirchgemeinderrechnungen vertraut ist und gleichzeitig die technischen Zusammenhänge von Grund auf versteht, kann den Kirchgemeindevantwortlichen am besten helfen. Der Kirchenrat wird darum ab 1. Juli 2016 Benjamin Pöschl, der bereits in einem Angestelltenverhältnis zur Landeskirche steht (15% für Internetauftritt), für rund zwei Jahre mit weiteren 20 Stellenprozent betrauen. Benjamin Pöschl hat nach der Informatikmittelschule und der Maturitätsschule für Erwachsene an der Universität St. Gallen den Bachelor der Volkswirtschaftslehre absolviert und studiert derzeit im Masterstudium in Rechnungswesen und Finanzen. Den sich beteiligenden Kirchgemeinden sollen je drei individuelle Beratungsstunden zur Verfügung stehen. Was über diese Zahl hinausgeht, wird in Rechnung gestellt.

Bereits auf 1. April 2016 wurde das Pensum für Kirchenrätin Ruth Pfister, befristet bis 31.3.2018, um 20% erhöht. Auch hier war eine Erfahrung aus der analogen Umstellung auf der Kirchenratskanzlei begleitend: ohne klare operative Führung kommt ein solcher Prozess rasch ins Schlingern.

Beide Pensenerhöhungen um 20% sind also befristet. Da die Sache Projektcharakter hat und der Grossteil der Kosten via Kostenbeteiligung der Gemeinden wieder zurückfliesst, verzichtet der Kirchenrat darauf, eine explizite Pensenerhöhung durch die Synode zu beantragen. Kosten für das ganze Projekt, die nicht refinanziert werden, werden budgetiert. So hat die Synode via Budget 2016 bereits Fr. 40'000.- (Kto 1045.3636.06) bewilligt. Allfällige weitere künftige nötige Nettoaufwendungen hat die Synode auf dem Budgetweg für die Jahre 2017 und 2018 zu bewilligen.

Der Kirchenrat ist der Meinung, mit diesem Vorgehen den Kirchgemeinden eine wichtige Dienstleistung zu erbringen. Das bisherige Interesse von Seiten der Gemeinden zeigt, dass diese Dienstleistung erwünscht ist und zum rechten Zeitpunkt kommt.

**Antrag**

**Die Synode nimmt zustimmend Kenntnis vom Vorgehen des Kirchenrates Im Zusammenhang mit der Beschaffung und Einführung neuer Software für das Rechnungswesen der Kirchgemeinden.**

Frauenfeld, 13. April 2016

EVANG. KIRCHENRAT DES KANTONS THURGAU

Der Präsident: Pfr. Wilfried Bühler

Der Aktuar: Ernst Ritzi